

Samstagsgedanken.

Quart: Psalm 96, 1: Singet dem Herrn.

Wenn keine Blume unsere Wiesen zieret und kein Vogelzug durch den Wald schallt, wie die Wälder in Sturm und Hagel. Genau so wäre es in unserem Leben, wenn der Schmuck der Kunst fehlte, wenn kein Lied das Herz bewegte, kein Bild das Auge entzückte, kein Instrumentenklang das Ohr erfreute. Die Kunst gibt unserem Leben erst den Glanz. Sie hat auch eine ungerade Macht über die Herzen, zum Guten und zum Bösen. Das Lied kann die Seele jubeln machen und in Wehmut versenken, der weihnachtliche Orgelklang hebt das Herz empor über diese Welt und ihre Vergänglichkeit, der Chor der Instrumente löst Leidenschaften in der Seele auf, der Trommelschlag reißt dem Krieger mit sich fort, und stundendlang und willkürlich nehmen einschmeichelnde Melodien den Hörer an Stätten des Lebensgenusses gefangen.

Künstler haben die Seelen der Menschen in ihrer Hand, sie können Wohltäter oder Verführer eines Volkes sein. Himmel und Hölle ist in der Kunst verborgen.

Man spricht von den Künstlern als Priestern der Kunst. Sie können es sein. Sie sollen nicht nur an den Quellen der Schönheit trinken, sondern auch an den Quellen der Reinheit.

Im besonderen soll das gelten von den Meistern kirchlicher Kunst. Wenn ihre Werke aus den tiefen Quellen der Gottheit, des Gottesdiensts fließen, dann wird ihre Kunst wirklich fromme Kunst sein. Dann ist sie eine Botschaft Gottes an die Menschenwelt. Ich hörte von einem Prediger, dem die Schönheit und Tiefe des kirchlichen Glaubens an den wahrhaft frommen Werken K. Sebasteins doch aufgegeben war. Ihm war die Kunst eine Führerin zu Gott geworden. Das kann sie sein. Und wenn sie es wird, dann hat sie ihren höchsten Dienst getan; denn was für ein höheres Ziel könnte es für die Kunst geben, als Menschenleben zu dem zu führen, von dem sie selbst stammt?

Schiedspruch im Lohnstreit der sächsischen Metallindustrie.

* Berlin. (Tel.) Amlich wird gemeldet: In den Lohnstreitigkeiten in der sächsischen Metallindustrie worden gestern von der Schlichtungskammer die unter dem Vorsitz des vom Reichsarbeitsminister benannten Schlichters im Reichsarbeitsministerium tante, für den Bereich der Vereinigung sächsischer Metallindustrieller und des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie Sachsens zwei Schiedssprüche gefällt, durch die der Spitzenlohn um 6 bezw. 5 Pfa. auf 81 Pfa. erhöht wurde. Die Erklärungsfrist läuft bei beiden Schiedsprüchen bis Dienstag mittags. Die Verhandlungen in der Lohnfreiheit der Leipziger Metallindustrie wurde am morgen vormittag 10 Uhr zerlegt.

Vertilches und Sächsisches.

Riesa, den 5. Mai 1928.

- * Wettervorhersage für den 6. Mai 1928. Mittags von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Nachts sehr kühl. Tags warm. Deutlich die sächsische Winde.
- * Daten für den 6. und 7. Mai 1928. Sonnenaufgang 4,24 (4,22) Uhr. Sonnenuntergang 19,29 (19,32) Uhr. Mondaufgang 21,24 (22,31) Uhr. Monduntergang 5,19 (5,38) Uhr.
- 6. Mai:
 - 1757: Friedrich der Große liegt bei Prag über die Desterreicher.
 - 1758: Der französische Revolutionär Maximilian Marie Robespierre in Paris geb. (gest. 1794).
 - 1856: Der Polarforscher Robert Peary in Gresson geb. (gest. 1920).
 - 1859: Der Naturforscher Alexander v. Humboldt in Berlin geb. (gest. 1859).
 - 1876: Der Schriftsteller Max Kemmerich in Rodens geboren.
 - 1926: Der Agrilkulturchemiker Franz v. Soghet in München geb. (gest. 1848).
- 7. Mai:
 - 1833: Der Komponist Johannes Brahms in Hamburg geb. (gest. 1897).
 - 1885: Der Dichter Albert Müller in Göttingen geb. (gest. 1900).
 - 1840: Der russische Komponist Peter Tschaikowsky in Wotkinsk geb. (gest. 1893).
 - 1879: Der belgische Schriftsteller Charles de Coster in Lüttich geb. (gest. 1827).

* Ein umfangreicher Heidebrand am Rager Zeithain. Vermutlich durch Unvorsichtigkeit ist heute vormittag erneut ein großer Brand im Ostbezirk nördlich des Ragers Zeithain ausgebrochen, dem eine ausgedehnte Fläche des dortigen Ginstersbestandes zum Opfer gefallen ist. Am Nordausgange des Ragers, nach der ehemaligen Kriegerkaserne zu — in der Richtung Altschloß — befindet sich die Brandstelle, an der mehrere Feuerwehren, unter ihnen auch die Rieser- und Gröbner-Wehren, sowie die Bauhämmer-Werkfeuerwehr, in Gemeinschaft der anwesenden Kommandos rastlos tätig waren, das gefährliche Element zu lokalisieren. Das Feuer, das gewaltige Rauchwolken entwickelte, hatte begreiflicherweise auch eine starke Zuschauermenge angelockt. Die Flammen schlängelten sich in rasender Schnelligkeit durch das Gelände. Bis sie gegen 2 Uhr nachmittags die Waldgrenze und damit das angrenzende freie Feld erreicht hatten, wodurch den Flammen jedwede Nahrung genommen worden war. Außer dem Getreide ist durch das Feuer der Hochholzbestand glücklicherweise nicht wesentlich in Mitleidenschaft gezogen worden. An der Brandstelle waren auch Reichswehr- und Landespolizei-Kommandos erschienen, die ebenfalls tatkräftige Eindämmungsarbeit leisteten. Die Feuertwehr Rieser alarmierte kurz nach 12 Uhr eine zweite Mannschaft, die alsbald mit dem nötigen Schanzeug abrückte. — Wenn auch die Entstehungsurache dieses erneuten Heidebrandes noch nicht mit Bestimmtheit geklärt ist, so dürfte doch Unvorsichtigkeit das Feuer entfacht haben. Wir nehmen deshalb erneut Veranlassung, darauf hinzuweisen, besonders in der Nähe von Waldbränden äußerste Vorsicht walten zu lassen, damit nicht durch Unachtsamkeit noch weiterer großer Schaden hervorgerufen wird. Man vermeide vor allem das Wegwerfen brennender Zigaretten oder glimmender Zigarren- oder Zigaretten-

* Vollzeitericht. Geschlossen wurde am 12. 4. 1928 abends von 7-8 Uhr von einem Motorrad, das um diese Zeit vor der Volkswirtschaft Goldener Löwe in Riesa auf der Straße zum Kuffert gestanden hat, eine braungerippte Kistenkiste, enthaltend 1 Pfd. Nitratsilber, 1 Pfd. Silber, Feder- und Quarzwerk, sowie eine Anzahl Zeitschriften „Der Arbeiter“, „Sonn und Schauder“, „Nach Feierabend“, „Wöchentliche Familienhilfe“ und 4 Romanhefte des „Centralblatt“. Die Kistenkiste ist am Gehäusende des Motorrades mit Federriemen befestigt gewesen. Sachdienliche Angaben erbitet der Kriminalpolizei.

* Die Inspektion im Stadtteil Weiba betrifft eine Bekanntmachung im vorliegenden amtlichen Teile.

* Öffentliche Wählerversammlungen. Die aus den Ankündigungen im Anzeigenblatt ersichtlich, veranstaltet die Deutsche Volkspartei heute Sonntag abend eine Wählerversammlung in der „Elderrasse“, am Montag findet eine solche der KPD Sozialdemokratischen Partei im „Wettiner Hof“ statt, während die Nationalsozialistische Gruppe Riesa am Dienstag abend eine Wählerversammlung in der „Elderrasse“ veranstaltet.

* Letzter Abend Paul Hornstedt. In der „Elderrasse“ veranstaltete gestern das Mitglied des Reichsvereins Schauspieler Paul Hornstedt, einen letzten Abend. Es hätte ihm ja eigentlich eine größere Juchherdenschau lauschen müssen. Er ließ sich aber durch den schwachen Besuch nicht beeinflussen, sondern sorgte dafür, daß man mal wieder ungetrübte lachen konnte. Schon bei seinem Betreten des Podiums ging ein Raunen durch Publikum und man merkte, daß sich der Künstler im Akt die Herzen seiner Juchherd erobert hatte. Er besaß Temperament und verstand es bestens, durch seine Mimik Scherzen darzustellen. Wenn hätte man noch einige der köstlichen Vorträge gehört. Aber wieviel ist nicht schon später mal wieder Gelegenheit. Eine schöne Blumenrede und reicher Beifall belohnte den Künstler für das Gebotene.

Die unterzeichneten Zeitungsverleger haben sich für alle Wahlkämpfe zur Einhaltung nachstehender Vereinbarung verpflichtet:

1. Der Bezahlung unterliegen außer den Anzeigen:
 - a) alle Eingangsblätter mit verbundene Inhalt für eine Partei, Kandidaten oder den Inhalt einer Versammlung. Ueber die Ausnahmefähigkeit des Eingangsblatts entscheidet die Redaktion.
 - b) alle Aufschriften, welche ein Parteiprogramm oder Punkte eines solchen enthalten.
2. Angriffe gegen eine Partei, eine Parteileitung, Kandidaten und Einzelpersonen können nur im Angelegenheit aufgenommen werden.
3. Alle Eingangsblätter politischen Inhalts werden nur mit namentlicher Unterschrift veröffentlicht. Allgemeine Unterschriften, wie: mehrere Bürger, ein Parteikreis usw., sind nicht zulässig. Derartige Eingangsblätter können nur im Angelegenheit Aufnahme finden.
4. Eingangsblätter und Anzeigen mit persönlichen, gedärgerten Auslassungen oder mit unkontrollierbaren Nachrichten über das Privatleben finden keine Aufnahme.
5. Die Berechnung der Eingangsblätter und Aufschriften erfolgt zum Preis von 1.— RM. für die Druckzeile.
6. Weher auf die Beiträge für Anzeigen, Eingangsblätter, noch sonstige Veröffentlichungen wird ein Rabatt gewährt.
7. Die Beilagen-Grundgebühr ohne Post- und evtl. Falzgebühr ist für Wahl-Beilagen folgende:
 - 1000 Stück Quartblätter RM. 15.—
 - 1000 Stück Quartbogen RM. 20.—
 - 1000 Stück größeres Format RM. 25.—

Berein Sächsischer Zeitungsverleger.

Bezirksverein Dresden.

* Die Wahlkartei einsehen! Morgen Sonntag von 10-12 Uhr ist allen Wählern zur Reichstagswahl die letzte Gelegenheit geboten, sich das Stimmrecht dadurch zu sichern, daß sie die Eintragung in der Wahlkartei im Rathaus und in den Verwaltungshellen Gröbner und Weiba prüfen, damit am Tage der Wahl eine Zurückweisung unmöglich ist.

* Öffentliche Mieterversammlung. In der gestern abend im „Wettiner Hof“ stattgefundenen, vom Mieterverein Riesa und Umg. einberufenen öffentlichen Versammlung sprach Herr Bundesrat Dr. Schuler, Dresden, über die Frage: „Wie stellt sich die Mieterschaft zur Reichstagswahl?“ Er wies einleitend darauf hin, daß das deutsche Volk wieder einmal aufgerufen wird, sich einen Reichstag zu wählen und betonte, daß der Reichstag jetzt eine weit tiefere Bedeutung habe als zu Zeiten der Monarchie, denn der Reichstag bestimmt heute die Einkünfte der Regierung. Redner bemerkte zunächst, daß er es von vornherein ablehne, für eine einzelne politische Partei Stimmungen zu machen, er spreche vielmehr als Verantwortlicher einer großen wirtschaftlichen Körperschaft. Aber man müsse sich mit den politischen Parteien befassen, wenn man prüfen wolle, was von diesen bisher im Interesse der Mieterschaft geschehen ist und was zu tun sei, um eine Wandlung der Dinge zum Besseren eintreten zu lassen. Der Vortragende nahm hierzu Stellung zu der Frage: Was ist in den letzten Jahren geschehen auf dem Gebiete der Wohnungspolitik? Diese Frage zu beantworten, bedürfte es, eine Prüfung der Parteien vorzunehmen und zu erörtern, ob deren bisherige Einnahmepolitik und Tätigkeit den Standpunkt vertreten, den sozial eingestellte, wirtschaftlich härtere Menschen einzunehmen haben, um die Belange des wirtschaftlich Schwächeren zu vertreten. Es müsse gesagt werden, daß in dem bisherigen Reichstage eine soziale Wohnungspolitik im allgemeinen nicht getrieben worden sei. Es müsse daher dafür gefordert werden, daß in den neuen Reichstag parlamentarischer Art, welche verpreisen, die Forderungen der Mieterschaft zu unterstützen. 9. Beantworte seien Mieter, sie gehörten den verschiedensten politischen Einnahmen an, während nur 1. Beantworte Grundstücksbesitzer seien. Es müsse dafür gefordert werden, daß die Mieter in ihrer Gesamtheit erkennen, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den richtigen Kandidaten die Stimme zu geben. Der Mieterbund müsse klar gemacht werden, nur solche Kandidaten zu wählen, bei denen die Bürgerpflicht vorhanden sei, daß sie dafür eintreten, daß soziale Wohnungspolitik im Reichstage getrieben werde. Jetzt gebe es auch in der inneren Politik viele Aufgaben, aber die Wohnungspolitik sei so

unvermeidlich bedeutungsvoll, daß ihre soziale Behandlung unbedingt gefördert werden müsse. Eine der größten Aufgaben des Reichstages sei es, die menschenwürdige Wohnung zu beschaffen. Zwar seien das Mieter-schutzgesetz, das Mietminderungs- und das Wohnungsnotgesetz geschaffen worden, aber die Tendenz, die vorherrschte, lasse erkennen, daß immer größere Forderungen um sich greifen, wodurch der Staat der Mieter immer weiteren Belastungen entgegengeführt werde. Es müsse deshalb gefordert werden, daß die Gesetzgebung im Interesse des Mieterschutzes dauernd erhalten bleibe, um in Deutschland zu einer sozialen Wohnungspolitik zu kommen. Redner kam im weiteren auf die Forderungen der Mieter zu sprechen und kritisierte besonders die Herausnahme der gewerblichen Räume aus dem Mieterrecht, wodurch den Handel- und Gewerbetreibenden ganz erhebliche Nachteile entstanden seien. Im weiteren wurde die um das vierfache gestiegene gesetzliche Miete erwähnt, eine Erhöhung von 30 auf 120 Prozent sei nicht nötig gewesen. Den Hausbesitzern sei das Abkündigungsrecht wiederzugeben. Wenn das Recht der Abkündigung zur Zeit auch noch völlig freigeblieben ist, so gebe doch auch hier die Tendenz auf freie Kündigung hinaus. Auch das Wohnungsmangelgesetz gewähre dem Hausbesitzer immer mehr Freiheit in der Vergabe seiner Räume. Die Tendenz der Freiheit komme auch in der Berechnung der Mieten bei Wohnungsneubauten zum Ausdruck. Ueberall treibe eine Erhöhung der Miete des Grundstücksbesitzers zutage. Man wolle die früheren Verhältnisse wieder herstellen, verweise aber, daß ganz andere Verhältnisse Platz gegriffen haben. Redner wandte sich sodann der Mietzinsbildung zu und nannte es eine Mißstandsfrage, die Mieten der Mietswohnungen denen der neuerlichen Wohnungen anzupassen. Die heutige gesetzliche Miete sei durchaus genügend, um den Hausbesitzer in die Lage zu versetzen, sein Grundstück in hauseigenem Besitze zu erhalten. Eine weitere Mietpreissteigerung sei eine unüberwindliche Forderung, welche die breite Masse einfach nicht erdulden könne. Die Mieter forderten ein Wirtschaftsgesetz; Solikationsstellen erhalten bleiben, auch der Mieter gewerblicher Räume müsse dauernd geschützt sein. Solange der Mieter seine Pflichten erfüllt, müsse er geschützt sein vor der Willkür des Grundstücksbesitzers. Die Reichsparteien hätten durch ihre Politik bewiesen, daß sie die Gerechtigkeit des Besten schätzen, aber Eigentum verpflöcht, und wer in dieser Hinsicht nicht mit den Volksmassen gehe, sei deren Gegner. Die Wohnungsfrage werde dauernd eine Aufgabe der öffentlichen Politik sein und deshalb müsse man die Mittel der Politik in der Hand haben; sie seien unerschöpflich. Es werde Aufgabe der Regierung sein, zu erwägen, wie die vorhandenen Mittel die Grundlage bilden sollen für eine soziale Wohnungspolitik. Infolge einer falschen Wohnungspolitik seien die Preise der Neuwohnungen viel zu hoch; sie können deshalb auch nur von einem kleinen Teile der Mieter bezahlt werden. Bisher hätten die Kreise, die daran interessiert seien, die Politik des Grundstücksbesitzers bestimmt und aus dieser Entwicklung habe der Grundbesitz geschäftig. Man dürfe nicht vergessen, daß der Hausbesitz kein Beruf sei, sondern lediglich eine Kapitalanlage darstelle. Redner schloß sodann die parlamentarische Betätigung der Vertreter der politischen Parteien, besonders deren Stellungnahme bei den Beratungen zur Änderung des Mieterrechtsgesetzes, wobei er verschiedene Aussprüche einzelner Parteirepäsentanten in Erinnerung brachte. — Nachdem der Vortragende die Vertreter des Reichstages unter die parteipolitische Lupe genommen hatte, wandte er sich der letzten Frage zu: „Was ist zu tun, damit wir unsere Wünsche zur Durchführung bringen können?“ Vor allem gelte es, die Mieter in immer weiteren Kreisen aufzuklären, wie sie sich bei den bevorstehenden Wahlen einzustellen haben. Auch dafür müsse gefordert werden, daß auch in den Gemeinden soziale Wohnungspolitik getrieben werde. Um sich den Mieterrecht zu erhalten, müsse jeder wahlberechtigte Mieter mit seinem Wahlzettel dafür eintreten, daß eine mieterfreundliche Mehrheit in den neuen Reichstag einzieht. — Dem Befähigt aufgenommenen Vortrag folgte freie Aussprache, die Herr Stadt. Horn eröffnete. Was der Referent nicht ausdrücklich betont hatte, kam in den Ausführungen des ersten Debatteredners offensichtlich zum Ausdruck: er verwarf als Angehöriger der sozialdemokratischen Partei alle anderen politischen Parteien. Seiner Meinung nach könne es nur die sozialdemokratische Partei sein, der die Mieter ihre Stimme geben müßten. Herr Horn verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Art der Mietssteuer, die durch ihre Benennung und durch die Verwendung ihrer Ertragsanteile eine Täuschung darstelle, weil sie nicht ausschließlich für den Wohnungsbau Verwendung finden könne. Redner kritisierte sodann die Steuererhebung; es müsse gefordert werden, daß die hohen Einkommen auch wirklich erfasst würden und empfahl als höheres Mittel das Offenlegen der Steuerlisten zu jedermanns Einsicht. Schließlich kritisierte Redner die Tätigkeit der einzelnen Fraktionen im Reichsstadtparlament, wobei besonders die Frage der Wohnungsbaufrage und in Verbindung damit der Wohnungsbau erörtert wurde. — Als 2. Debatteredner brachte Herr Rupp eine eingehende Auseinandersetzung über die Bestimmungen zum Mieterrechtsgesetz in Baden zur Verlesung, woraus zu ersehen war, daß auch in Baden gerichtete Vertreter nicht allenfalls ihre Kreise befreit haben. — Nach einer kurzen Schlussanführung des Referenten erreichte die von dem Vorsitzenden des Mietervereins Riesa, Herrn Selig, geleitete öffentliche Mieterversammlung, die nur wenige Minuten vor 11 Uhr ihr Ende.

* Die Zahlung von Fernspreckgebühren während der Abwesenheit des Zeichnehmers vom Wohnort. Dem Fernsprecknehmer entspricht während der Abwesenheit vom Wohnort, während der Sommerreise, aus der nicht rechtzeitigen Zahlung der Fernspreckgebühren häufig Unzulänglichkeiten. Die Post wird bei Beginn der diesjährigen Hauptverkehrszeit beschleunigt die Fernsprecknehmer (bei Fernspreckstellen mit mehr als 1000 Hauptanschlüssen) durch Benachrichtigungszettel auf eine zweckmäßige Sicherstellung des ungestörten Betriebes ihrer Fernspreckanschlüsse aufmerksam machen. Wenn der Fernsprecknehmer die Zahlung der Rechnung durch einen Familienangehörigen, Angestellten usw. nicht versehen kann, kann er die Nachzahlung der Rechnung nach seinem jeweiligen Aufenthaltsort beantragen, und einen entsprechenden Antrag auf dem Benachrichtigungszettel stellen, der als Postkarte ohne Freimarkt in den Briefkasten gelegt werden kann. Nach empfehlenswerter ist, einen zur Deckung der bis zur Rückkehr fällig werdenden Fernspreckgebühren ausreichten Betrag auf das Postkonto der Fernspreck-Vermittlungsstelle einzuzahlen. Auf dem Abschluß der Postbenutzung oder Zahlkarte müssen Fernspreckvermittlungsstelle und Rufnummer angegeben sein.

* Einrichtung von Postannahmestellen in Städten. Die Deutsche Reichspost geht mit der Absicht um, die Anlieferungsbedingungen für Postsendungen wesentlich zu verbessern. Sie hat die Oberpostdirektion angewiesen, die Einrichtung von Postannahmestellen in den Städten nicht nur auf die Außenbezirke und die abseits gelegenen Stadtviertel zu beschränken, sondern auch auf die Innenbezirke auszuweiten. Es können sowohl Annahmestellen für den Briefverkehr als auch solche für den Paketverkehr in Betracht kommen. In erster Linie wird über die Unterbringung in größeren Geschäftshäusern, Hotels, Banteln usw. auszufragen sein, wo sich ein flüchtiger Personennachverkehr abwickelt, es soll aber auch die Wahl anderer für den Verkehr günstig gelegener Verkehrsmittel nicht ausgeschlossen sein. Da die Annahmestellen